

B e r i c h t d e s L a n d e s b i s c h o f s

(Sperrfrist: Donnerstag, 03.04.2003, 11.00 Uhr)

(Es gilt das gesprochene Wort)

Kampf und Kontemplation

1. Eine heidnische Geschichte – und ihr guter christlicher Sinn

Darf ich Ihnen zu Anfang eine Geschichte erzählen, die nicht in der Bibel steht?

Antaios heißt ein Riese, den die griechische Sage im Nahen Osten, genauer in Libyen leben und wirken läßt. Sein Vater soll Poseidon, der Gott des Meeres gewesen sein, seine Mutter Gaia, die Erde. Sie merken, zu Antaios gehören die beiden Elemente Wasser und Erde. Berühmt wurde er, weil er mit jedem Fremden kämpfte, der an seinem Ufer ans Land ging und Fuß fassen wollte. Die Begegnung mit diesem Riesen, einem Göttersohn, war für alle seine Gegner furchtbar, denn er galt als unbesiegbar.

Doch da näherte sich seinem Land Herakles, den die Römer Herkules nannten, der Mann, auf den olympischen Spiele in ihren sagenhaften Anfängen zurückgehen sollen. Auch er ein Göttersohn, nämlich ein Sproß des Zeus. Auch er wurde gezwungen, mit dem Riesen zu ringen. Der Sieg schien wie üblich dem Einheimischen zu gehören. Herakles kam in arge Bedrängnis.

Doch da entdeckte der Zeussohn das Geheimnis der schier übermenschlichen Stärke des Antaios: Jedesmal, wenn dieser beim Ringen den Erdboden berührte, wuchsen ihm neue Kräfte zu, die seine Mutter Gaia, die Mutter Erde ihm schenkte. Da verhinderte Herakles mit einer ungeheuren Anstrengung, dass Antaios wieder auf den Boden kam.

Die Sage berichtet, er habe ihn in der Luft gehalten und ihn dabei so lange malträtiert, bis die Gefahr vorüber und der Sieg errungen war. Heldensagen enden mit dem Tod des Feindes.

Wozu diese Geschichte heute und hier, eine Geschichte vom gegenseitigen Mord und Totschlag - ausgerechnet auch noch im Nahen Osten. Ich beabsichtige kein Preislied auf den Krieg als Vater aller Dinge, ganz im Gegenteil. Auch nicht einen Bezug auf die religiösen Aspekte, die bei solchen Kämpfen immer wieder und von allen Seiten ins Spiel gebracht werden. Dass wir solche Versuche für grundfalsch halten, Gott zum Garanten für unser Tun und Lassen, geschweige denn zum Urheber für menschlichen Waffengebrauch zu machen, versteht sich von selbst. Das ist und bleibt heidnisch, selbst wenn es im christlichen Gewand auftritt. Hier können wir nur mit Matthias Claudius' Kriegslied beten:

`S ist Krieg! `s ist Krieg! O Gottes Engel, wehre
Und rede du darein!
`S ist leider Krieg – und ich begehre
Nicht schuld daran zu sein!

Aber ich frage mich - nicht nur bei diesem Bericht zur Lage -, was unserem Tun und Treiben Kraft gibt, uns Einheit und Konzentration in aller Vielfalt finden läßt, uns unserer Herkunft

und damit auch unserer Zukunft vergewissert. Bilder gibt es dafür viele. Die Geschichte vom Riesen Antaios gehört seit meinen Kindheitstagen zu den besonders eindrücklichen. An ihm ist eindrücklich, dass er seine Kraft wie von selbst dann bekommt, wenn er wieder den Kontakt zu seinem Ursprung erhält, wenn der Energiefluß wieder hergestellt ist. Daraus läßt sich insofern ein guter christlicher Sinn gewinnen, als auch wir das Phänomen kennen, dass der ständige Kampf ermüdet, auslaugt und schließlich alle Lebenskräfte erschöpft. Es braucht den Ort, an den wir zurückkehren, an dem wir Energie aufnehmen und in dem wir Geborgenheit finden.

Für diese Dialektik, das notwendige Miteinander von Arbeit und Besinnung, von Ruhe und Anstrengung, von Geschäftigkeit und Gelassenheit gibt es viele Formeln, die den notwendigen Zusammenhang zwischen beidem festhalten und nicht erlauben, hier Gegensätze zwischen Meditation und Aktion oder – wie es in Taizé hieß – zwischen Kampf und Kontemplation aufzureißen. Zwischen Engagement und Einkehr besteht so lange kein Gegensatz, wie nicht das eine gegen das andere aufgerechnet, das eine zuungunsten des anderen vorgezogen wird. Wir brauchen immer beides und werden auch beides daraufhin befragen, ob es das andere ermöglicht bzw. ob das andere eingeschlossen ist.

Die Friedensgebete, auf die ich jetzt sofort eingehen möchte, sind mir darum besonders kostbar, weil sie offensichtlich beides in sich enthalten: das öffentliche Wort, die symbolische Aktion, den sichtbaren Protest einerseits und das Händefalten, den sichtbaren Verzicht auf eigenes Wirken und die Frage an uns, ob wir noch auf dem richtigen Weg sind, den Rückzug auf den, der allein unsere Hoffnung in einer Zeit ist, in der die Ergebnisse jahrzehntelanger menschlicher Bemühungen um Strukturen des Friedens so sichtbar zunichte gemacht werden.

2. Die Friedensgebete und der Irakkrieg

Heute vor 14 Tagen begann der heiße Krieg im Irak. Seit Monaten hat die Welt die Vorbereitung und den Ausbruch dieses Krieges beobachten können. Befürchten mußte sie ihn bald nach dem 11. September und dem doch nicht so erfolgreichen Afghanistan-Krieg vom Herbst 2001. Schon vor einem halben Jahr, noch vor dem Aufmarsch der amerikanischen Truppen habe ich – mit einigem Grauen - das ungefähre Datum des Kriegsbeginns im Irak für den März 2003 durch Journalisten vorhersagen hören. Selten konnte (und mußte) ein kommender Krieg in seiner Berechtigung so sehr über lange Zeit hinweg debattiert und dabei so sehr in Frage gestellt werden wie dieser. Darum war die Enttäuschung und manche Verzweiflung in den christlichen Gemeinden nicht allein in Deutschland um so größer, weil die Ohnmacht unserer Argumente, Warnungen und Bitten uns so deutlich vor Augen geführt wurde.

Auch deswegen haben dieser Krieg und seine Vorbereitung bei vielen Menschen in unseren Gemeinden erhebliche Ängste und Befürchtungen ausgelöst. Welche weltpolitischen Folgen er im Verhältnis der muslimisch geprägten Völker zu denen des Westens gewollt oder ungewollt haben wird, kann keiner sagen. Es schmerzt, wenn wir feststellen müssen, dass düstere Vorhersagen sich nun bewahrheiten.

Unsere Gemeinden aber haben durch eine Vielzahl von Aktionen und schönen Zeichenhandlungen, eine unüberschaubare Zahl von Andachten und Kerzenprozessionen ihre Angst, Wut und Trauer ausgesprochen. Sie haben aber auch der Opfer gedacht und an der Bitte um Frieden wie an der Hoffnung festgehalten, dass diese tödlichen Kreisläufe nicht noch mehr andere Länder in ihre Strudel hinein reißen. Sie haben vielfach zugleich festgehalten,

dass es Christen nicht um einen Heiligen Krieg gehen kann und nicht um den Kampf zwischen den Guten und den Bösen, sondern um die Frage, was der Friedenssicherung im Nahen Osten und dem Schutz vor Terroristen am meisten dient. Die verschiedenen Formen des Nachdenkens und des Protestes zeigten auch, wie lebendig die Tradition der Friedensgebete in der Thüringer Landeskirche nach wie vor ist.

Es war nicht nötig und vom Landeskirchenrat nicht beabsichtigt, den Gemeinden in dieser Situation vorzuschreiben, was sie tun oder lassen. Im Superintendentenkonvent haben wir uns auch darüber verständigt und es nicht für nötig gehalten, die vielen Einzelaktivitäten zu konzertierten Aktionen zu bündeln. Herauszufinden, was jetzt das Angemessene sein kann: das regelmäßige Gebet um Frieden im Sonntagsgottesdienst, ein gesondertes Friedensgebet an einem Wochentag, das Läuten der Glocken Freitags „fünf vor zwölf“ – natürlich zum Gebet -, Kerzen im Fenster oder ein Plakat mit Friedenstauben, das ist zunächst die Aufgabe der Gemeindeleitung vor Ort in den Dörfern und Städten.

Wir haben zu anderen Zeiten andere Kriege, wie den Kampf der Sowjets in Afghanistan oder die militärische Niederschlagung des Prager Frühlings bei weitem nicht so offen und nicht so offensiv debattieren können. Dagegen wurden und werden Militäraktionen wie in Somalia oder dem Krieg im Kosovo gründlich untersucht und ethisch bewertet, auch durch evangelische Theologen. Und dies ist nötig, da wir Lebensfragen unseres Volkes und der Gemeinschaften, in denen es steht, nicht allein der Beurteilung von Politikern und Politologen überlassen können und wollen. Doch sind die früheren Konflikte im Ausland und im amerikanischen Inland vorher nicht entfernt so ausführlich und sorgfältig analysiert worden, wie es jetzt geschieht.

Ursache dafür ist sicher einerseits das absehbare Szenario, die sichtbare und unaufhaltsame Vorbereitung. Zu den Ursachen dieser Debatte gehört auch die neue Bush-Doktrin der vorbeugenden Terrorismusbekämpfung, die, wie Fachleute fürchten, das System der Konfliktbegrenzung durch das notwendige und unersetzliche Instrument der Vereinten Nationen gefährdet. Das ist um so schlimmer, weil die Vereinten Nationen ein unersetzliches Forum für die Verständigung zwischen den Völkern sind, das durch diese Vorgehensweise der amerikanischen Regierung irreparablen Schaden nimmt. Sowohl für die kleineren und weniger entwickelten Staaten dieser Welt, für den Interessenausgleich zwischen den mächtigen Nationen und für den Beginn einer Weltwirtschaftsordnung wird diese Institution als Autorität gebraucht, jetzt aber von fast mutwillig beschädigt.

Eine weitere Grundlage für diese Diskussion ist ebenfalls der Umstand, dass in Demokratien eine solche kontroverse Debatte möglich ist, ohne dass der Teilnehmer um seine Sicherheit oder sogar sein Leben fürchten muss.

Dass der Krieg im Irak eine der Folgen des Angriffs auf die Türme des Welthandelszentrums in New York ist, lag und liegt auf der Hand. Ob und wie Mißerfolge der USA bei der unmittelbaren Reaktion auf die Organisatoren dieses Anschlags den Irak und seinen Diktator zu einem bevorzugten Ziel der amerikanischen Regierung gemacht haben, wird erwogen. Es bleibt zwar festzuhalten, dass der Schutz der Bevölkerung die erste Aufgabe eines Staates ist „unter Androhung und Ausübung von Gewalt“, wie die jetzt oft zitierte V. These von Barmen formuliert. Doch diese Aufgabe im Allgemeinen anzuerkennen, heißt nicht, die Mittel, die die US-Regierung verwendet, zu akzeptieren. Die Debatte ist auch und gerade in den USA intensiv und wird dort unter Christen ähnlich deutlich und kontrovers geführt wie in Deutschland. Schlichte Rezepte taugen nicht, wir müssen differenziert denken und zum sorgfältig bedachten Handeln raten. Absolute Sicherheit kann und darf keiner versprechen, es gibt sie nicht.

Die friedensethische Entschließung der IX. Landessynode vom Frühjahr 2002 stellte sich für die Stellungnahmen, die andere und ich für unsere Kirche abgaben, als eine Sammlung wichtiger Prüfsteine heraus. Sie war ja bereits unter dem Eindruck entstanden, dass der Konflikt in Nahost bald eskalieren könnte. Darum fanden wir es vor einem Jahr wichtig, wesentliche Gesichtspunkte zu sammeln, die die friedenspolitische Urteilsbildung für Christen ermöglichen. Sie waren in diesen Tagen nützlich, um nicht nur die eigene politische Meinung zu propagieren, sondern die in unserer eigenen Tradition verankerten Prinzipien als Ausgangspunkt für eine begründete Position zu beschreiben.

Ich halte dabei nach wie vor fest, dass die pazifistische Option unter uns nach wie vor wichtig bleibt. Sie wird denen, die Krieg für eine ultima ratio halten, (zu ihnen rechne ich mich selbst) immer wieder die Frage eindringlich stellen, ob der bewaffnete Schutz des eigenen Landes nicht zum Einfallstor schlichter machtpolitischer Durchsetzung wird.

Insofern war die gemeinsame Urteilsbildung innerhalb unserer Landeskirche, in der Kooperation mit der EKKPS, mit den Schwesterkirchen der EKD und mit den römisch-katholischen Partnern nie nur die Kundgabe von Meinungen, sondern zugleich auch immer der Versuch, unsere Position zu begründen, damit nachprüfbar zu machen und schließlich damit zu einem eigenen begründeten Urteil anzuleiten, also gerade nicht autoritativ und unhinterfragbar Standpunkte mitzuteilen.

Ich danke Ihnen, wo immer Sie Zeichen des Friedens setzen, und bitte Sie, die Gemeinden zu ermutigen, im Gebet um Frieden nicht nachzulassen.

Jetzt ist Zeit des Gebets, der Klage, der Fürbitte und der Hoffnung auf den Gott, der das Recht liebt und der Gott des Friedens ist. Auf wen sonst könnten wir hoffen?

3. Das Gewicht der Evangelischen Kirche in Deutschland stärken

Zum Irakkrieg haben die Synode und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland seit langem immer wieder wichtige Stellungnahmen abgegeben. Sie legten die Argumente für ihre Position offen und halfen so zur ethischen Orientierung in einer breiteren Öffentlichkeit. Daneben aber gibt es Beschwerden darüber, dass die Struktur und Organisation der evangelischen Landeskirchen und die ihrer Bünde schwer durchschaubar und für Außenstehende unverständlich seien. Auch in der Öffentlichkeit werden die Repräsentanten der EKV bzw. der VELKD kaum wahrgenommen. Wenn Präses Kock sich für die Evangelische Kirche in Deutschland zu Wort meldet, nehmen das die überregionalen Medien zur Kenntnis. Wenn der leitende Bischof der VELKD, Bischof Knuth, oder der Vorsitzende des Rates der EKV, Präses Sorg, sprechen, wird es in den Kirchenzeitungen notiert, ohne dass ich mir immer sicher bin, dass die Leser Person und Amt richtig zuordnen können. Denn in der Mediengesellschaft werden nur wenige Personen wirklich wiedererkannt. Die Vertretung der evangelischen Christen und Kirchen gegenüber den Medien, der Politik und einer weiteren Öffentlichkeit muss gebündelt und präzisiert werden, damit evangelische Positionen noch als solche wahrgenommen und kommuniziert werden können. Dazu kommt, dass die Kräfte in den Kirchenleitungen kaum noch reichen, um alle Gremien zu besetzen und in ihnen sorgfältig zu arbeiten.

Die Klagen wegen der Unübersichtlichkeit und Zersplitterung des deutschen Protestantismus begannen – genau genommen – bereits 1948, als sich lutherische Kirchen zur VELKD zusammenschlossen, aber zwei lutherische Kirchen, die in Oldenburg und die in Württemberg der VELKD fernblieben, weil sie eine größere Einheit wollten, die auch die unierten und reformierten Kirchen umschließen sollte.

Inzwischen hat es insofern einiges getan, als sich die Evangelische Kirche der Union (EKU) auflösen wird. Ein weiterer Kreis aus Kirchen der so genannten Arnoldshainer Konferenz (AKf), die bisher eng mit der EKU zusammengearbeitet hatten, vereinbarte statt dessen seit diesem Jahr 2003 eine Union Evangelischer Kirchen (UEK) zu bilden. Sie soll ausdrücklich nur so lange existieren, bis die EKD alle Aufgaben der UEK erfolgreich übernommen haben wird. Planmäßig soll dies innerhalb der nächsten fünf Jahre geschehen. Ich vermute allerdings, dass gerade über eine Reihe von Aufgaben, die bisher die EKU getragen und damit finanziert hat, das letzte Wort noch nicht gesprochen wurde. Völlig neu und ungewohnt ist jedenfalls, dass die UEK nicht auf Dauer angelegt wurde, sondern als kirchliche Institution ein Art von Verfallsdatum mit sich trägt.

Wie ich in der Herbstsynode dargestellt habe, hat der Präsident des Landeskirchenamtes der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover, Dr. Eckart von Viettinghoff im Januar 2001 zunächst einen parallelen Vorgang für die lutherischen Kirchen in Deutschland angeregt, d.h. die Auflösung der VELKD. Damit sollte erreicht werden, dass die einzelnen Landeskirchen ohne Doppelarbeit und fehlende Abstimmung besser in der EKD zusammenarbeiten, die dann die einzige Metastruktur über den Landeskirchen bilden soll. Dabei sollte „das Bekenntnis“ nicht angetastet werden, sondern von den Landeskirchen als den Institutionen der kirchlichen Willensbildung und Lehrtradition gepflegt werden. Innerhalb der EKD (Synode, Kirchenkonferenz) könnten seiner Meinung nach Konvente der jeweiligen Lehrtradition in bekenntnisrelevanten Fragen zusammentreten, müssten dies aber nicht regelmäßig tun.

Die Kirchenleitung und die Bischofskonferenz der VELKD haben diesen Plänen zur Auflösung der VELKD eine Absage erteilt. Zugleich wurde aber eine Planungsgruppe eingesetzt, die Veränderungsnotwendigkeiten und –möglichkeiten beraten soll. Sie steht unter der Leitung von Bischof Knuth, dem Leitenden Bischof der VELKD. In dieser Gruppe, an der ich für die ELKTh beteiligt bin, wurden die bisher bekannten und debattierten Modelle systematisiert und bewertet:

Neben dem Konventsmodell sind drei weitere Vorschläge zu unterscheiden.

So hatte Hans-Christian Knuth vorgeschlagen, dass die EKD in eine Kirche Augsburgischen Bekenntnisses der lutherischen Gemeinden mit einem Minderheitenschutz für die Gemeinden Helvetischen Bekenntnisses, also für die Reformierten, umgeformt wird. Da diese Zuordnung die verschiedenen Unionen des 19. Jahrhunderts (auch die pfälzische, anhaltinische und hessische Bekenntnisunion und nicht nur die preußische Verwaltungsunion) rückgängig machen müsste, sich also faktisch eine Reihe von Landeskirchen freiwillig auflösen sollten, ist dieses Modell nicht zu verwirklichen.

Ähnliches gilt für das „Modell des status quo“, wonach die VELKD so bleibt, wie sie zur Zeit ist, also ohne institutionelle Verklammerung mit der EKD. Sehr viele Vertreter lutherischer Kirchen halten Veränderungen für nötig.

Als viertes Modell wird das „Integrationsmodell“ debattiert. Danach bliebe die VELKD als eigene Größe erhalten und könnte in die EKD eintreten. Dort würde sie neben ihren eigenen Aufgaben, lutherische Theologie zu pflegen und zu entwickeln, die Vertretung lutherischer Landeskirchen in der EKD übernehmen können.

Beide denkbaren Lösungen, das Konventsmodell und das Integrationsmodell, werden zur Zeit ausgearbeitet und auf ihre Brauchbarkeit hin geprüft. Wesentliche Kontrollfrage für alle diese Überlegungen muss sein, wie die Leitungsebenen so schlank und effizient gestaltet werden können, dass sie ihre Aufgabe, für die Gemeinden zu arbeiten und in ihnen präsent zu sein, wirklich leisten können. Zugleich ist zu sichern, dass Stabsaufgaben („Denkfabrik“) für die

Landeskirchen in Hannover gelöst werden, damit nicht 24 Landeskirchen immerzu neue Räder erfinden müssen.

Parallel zur lutherischen Planungsgruppe tagt eine „ad-hoc-Gruppe“ aus Mitgliedern der Kirchenkonferenz unter der Leitung des früheren Bischofs der badischen Landeskirche Dr. Klaus Engelhardt, an der für die lutherischen Kirchen u.a. Bischof Knuth, Landesbischof Johannes Friedrich und ich teilnehmen. Auch hier werden ähnliche Fragen bedacht, wobei die „ad-hoc-Gruppe“ Veränderungen und Anpassungen der Strukturen innerhalb der EKD bedenken muss. Dabei ist z.B. auch an gezielte und ständige Ausschussarbeit in der Kirchenkonferenz gedacht, die bisher außer ihrem Arbeitsausschuß keine innere Differenzierung kannte.

Das zeitliche und sachliche Verhältnis der verschiedenen Synoden der VELKD und der EKD, wie das Verhältnis der Wahlämter in der VELKD und der EKD zueinander muss in diesem Komplex mit bedacht und so gelöst werden, dass sich die Gremienbelastung für uns verringert.

Wichtig und nicht zu vernachlässigen ist in diesem Zusammenhang die Frage nach den theologischen Grundlagen für diese Entwicklungen. Dabei geht es immer wieder auch um den Stellenwert der Bekenntnisschriften aus dem 16. Jahrhundert. Diese Fragen ähneln denen von 1948, die schon bei der Gründung von VELKD und EKD in Eisenach eine Rolle gespielt haben und zu dieser Zeit noch ein gemeinsames Abendmahl aller Evangelischen verhinderten. Die Lehrgespräche, die in Deutschland bzw. unter den evangelischen Kirchen in Europa seit 50 Jahren geführt werden, haben inzwischen allerdings einige Klärungen geschaffen, die die versöhnte Verschiedenheit der verschiedenen evangelischen Konfessionen ermöglichen und begründen. Es scheint so, als könnte vor allem die „Konkordie Reformatorischer Kirchen in Europa (Leuenberger Konkordie)“ als Grundlage für eine Integration der VELKD in die EKD dienen, da diese selbst kein Bekenntnis sein und also die Bekenntnisschriften der Reformation nicht ersetzen, aber durchaus verbindlich interpretieren will. So konnte Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft unter den reformatorischen Kirchen erklärt und festgestellt werden, dass die Lehrverurteilungen die Lehre der Partner heute nicht mehr treffen.

Ich meine, dass die Lehrgespräche, die die Kirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR seit 1969 geführt haben, in diesem Problemfeld gleichfalls brauchbare Ergebnisse hervorgebracht haben. Sie sind z. T. unmittelbar in die Leuenberger Konkordie eingegangen, haben z.T. aber auch zu eigenständigen Texten geführt, in denen wesentliche Differenzpunkte reformierter und lutherischer Schultheologie behandelt und einer adäquaten Lösung zugeführt wurden.

Das betrifft etwa den Komplex Amt-Ämter-Dienste-Ordination und Zweireichelehre und Königsherrschaft Christi, aber auch den Zusammenhang von fixiertem Bekenntnis (des 16. Jahrhunderts) und dem aktuellem Bekennen (des 20. Jahrhunderts). Dazu sind in den Lehrgesprächen in der DDR Klärungen mit großer Sorgfalt erarbeitet worden, die in der gegenwärtigen Debatte nicht vergessen oder übergangen werden dürfen. Die ELKTh hat diesen Texten durch ihre Synode spätestens seit der „Gemeinsame Erklärung zu den theologischen Grundlagen der Kirche und ihrem Auftrag in Zeugnis und Dienst“ (in der Fassung vom 23. Mai 1985) zugestimmt und festgehalten, dass sie den Bekenntnissen der lutherischen Reformation nicht widersprechen.

Wie weit wir die tradierten Bekenntnisse in der Verkündigung und im Unterricht als „Kurzformeln des Glaubens“ wiedergewinnen und pflegen können, muss an anderer Stelle betrachtet werden. Ich überlege, ob dies ein Thema für die Herbstsynode sein kann. In jedem

Fall aber bleibt festzuhalten, dass die drei altkirchlichen Bekenntnisse, reformatorische Grundeinsichten und die Lehrzeugnisse des 20. Jahrhunderts theologische Gemeinsamkeiten ermöglichen. Sie bleiben in jedem Fall als eine verbindliche Auslegung der Bibel der Heiligen Schrift zugeordnet. Damit ist eine Basis gegeben, die die verbleibenden theologischen Unterschiede zu tragen und als komplementäre Ausdrucksweisen eines Glaubens zu verstehen erlaubt.

Einer besseren Zusammenarbeit im Rahmen der EKD stehen sie nicht im Wege; ebenso, wie die Ausarbeitung lutherischer Theologie auch in Zukunft innerhalb der EKD möglich und gesichert sein muss. Letztlich sind alle Strukturen unserer Kirche nur so gut, wie sie das Zeugnis vor einer Öffentlichkeit stärkt, in der nach dem gefragt wird, was Christen zu den Problemen dieser Welt und ihrer Menschen sagen bzw. zu ihrer Lösung beitragen können.

4. Das Gewicht der evangelischen Kirchen in Mitteldeutschland stärken

Dieses Thema wird die Frühjahrssynode prägen und uns länger beschäftigen, wenn diese Synode den weiteren Weg für die Ausarbeitung der Pläne einer Föderation zwischen der ELKTh und der EKKPS freigibt.

Ich nenne einmal mehr die Hauptgründe, die mich dazu bringen, die Föderation sehr ernsthaft zu bedenken, ja mehr noch, sie zu wollen.

- (a) Die Bezeichnung „Landeskirche“ bringt ein bewährtes und vernünftiges Prinzip zum Ausdruck: Die evangelischen Christen eines Landes sollten ihren Glauben gemeinsam leben und unter sich auch organisatorisch einig sein, d.h. nach außen einheitlich vertreten werden. Das ist in Thüringen nicht der Fall. Zu den 500 000 Gemeindegliedern unserer Kirche gehören weitere etwa 200 000 Evangelische zur Kirchenprovinz Sachsen bzw. zum Dekanat Schmalkalden. Eine Verständigung über gemeinsames Handeln wie z.B. nach dem 26. April 2002 in Erfurt ist damit erheblich erschwert und war im konkreten Fall überhaupt nur möglich, weil die Handelnden sich durch den Kooperationsrat gut kannten. Dadurch, dass die Hauptstadt Erfurt zur Kirchenprovinz gehört, bedarf es solcher Abstimmungen regelmäßig, wenn die evangelischen Kirchen im politischen Raum agieren. Wir sind auf engste Zusammenarbeit angewiesen. Die Frage ist nur, in welcher Form soll das geschehen. Wie treten wie Diakonischen Werke, die Jugendarbeit oder die evangelischen Schulen bei den entsprechenden Verhandlungen auf: Jeder für sich allein, oder gemeinsam? Was ist besser für die einzelnen Christen vor Ort und ihre berechtigten Anliegen?
- (b) Beide Landeskirchen verlieren jährlich noch immer mehr Mitglieder als sie durch Taufe und Wiedereintritt neu gewinnen. Damit beschränken sich allmählich aber zur Zeit unaufhaltsam unsere Ressourcen. Das macht sich in den Gemeinden dadurch bemerkbar, dass weniger Pfarrstellen finanziert werden können und das grobmaschige Netz aus Pfarrämter bei gleichen Gemeindegliederzahlen immer mehr Orte überspannt. Die übergemeindlichen Dienste werden im Zuge dieser Sparrunden ebenfalls im gleichen Umfang eingeschränkt. (Ich betone allerdings, dass die kommenden Sparbemühungen einen deutlich geringeren Gesamtumfang haben werden, als ihn damals die freundlich so genannte Konsolidierung hatte, die eine harte Sanierung war.) Damit kommen wir gerade in den zentralen Dienstleistungen an die Grenze der Leistungsfähigkeit. Wo volle Fachkompetenz zu fordern wäre, kann der Landeskirchenrat nur noch Beauftragungen erteilen, also in zunehmendem Maß auf ehrenamtliches Engagement setzen, wo

Professionalität gefragt wäre. Wo an anderen Stellen eigentlich ein Team arbeiten müßte, erwarten wir von Einzelkämpfern gleich große Wirkungen.

- (c) Diese beiden harten Faktenbündel werden durch einen scheinbar weicheren Grund ergänzt: Jedem Politiker, jeder Journalistin, vielen ökumenischen Gästen und manche Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, mit denen wir zu tun bekommen, fragen uns, warum die Thüringer Kirche in Erfurt nicht zu Hause ist. Dann beginnt die große Erklärung, die vor 1300 Jahren bei Bonifatius einsetzt und mit dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803 noch nicht endet. In der Regel sind meine Gesprächspartner höfliche Menschen. Weder gähnen sie noch wenden sie sich abrupt ab. Dass sie aber innerlich denken: Kirche, ach so, das sind die, die sich nicht einmal auf die politischen Veränderungen von vorgestern sinnvoll einstellen können, kann ich nicht verhindern. Die Frage, die wir zur Kooperation und Föderation mit Magdeburg ständig hören, heißt nicht: Warum? sondern nur: Warum so spät?

Dieses Problembündel läßt sich theoretisch auf verschiedenen Wegen bearbeiten:

- (1) Es scheint eine einfache Lösung dafür zu geben: Die Kirchenprovinz tritt ihre Thüringer Teile an uns ab und beschränkt sich auf das Gebiet Sachsen-Anhalts. Diese Lösung wurde in der ersten Runde der Debatte vor einigen Jahren aus unseren Reihen deutlich bevorzugt. Das würde aber bedeuten, dass die Kirchenprovinz nahezu zwei Fünftel ihres Bestandes verliert und damit wirtschaftlich nicht überlebensfähig wäre. Es ist – offen gesagt - eine kannibalistische Version. Vor dieser Variante fürchten sich, wie sollte es anders sein, die Thüringer Preußen, also die Kirchenkreise Erfurt, Mühlhausen, Nordhausen, Sömmerda und Henneberger Land. Sie wollen ihre Identität in einer nicht zu allen Zeiten geliebten Thüringer Kirche nicht einfach zugunsten einer vagen Erinnerung an andere Zeiten aufgeben.
- (2) Eine zweite Lösung ergäbe sich theoretisch, wenn wir mit der fehlenden Größe unserer Kirche ernst machten und viele Dienstleistungen nach außen verlagerten, also womöglich Beratung in Hannover bei der VELKD und der EKD suchten. Die Variation dazu: Eine starke Nachbarkirche im gleichen Bundesland, an die wir uns anlehnen könnten, wie es für die kleineren Kirchen in Niedersachsen mit der Hannoverschen Landeskirche der Fall ist, fällt für uns aus, auch wenn wir mit München und Kassel gute Nachbarschaft pflegen und in bestimmten Projekten gern und erfolgreich zusammenarbeiten. So gern wir die Denkfabriken in Hannover für zentrale Aufgaben nutzen, so sehr werden wir bestimmte Stabsaufgaben der Ökumene vor Ort, der regionalen, politischen und Verbandsarbeit nicht abgehoben von unserem Bundesland erledigen lassen können.
- (3) Eine dritte realistischere Möglichkeit bestünde darin, von Fall zu Fall und Projekt zu Projekt mit verschiedenen Partnern und vorwiegend mit dem natürlichen Partner aus Magdeburg zu kooperieren. Dieses Feld haben wir in den letzten beiden Jahren gepflügt und gewisse Furchen gezogen. Es gibt eine ganze Reihe von Werken, die sich vereinigt haben, kooperieren oder gemeinsame Pläne für eine gemeinsame Zukunft machen. Diese Option reicht jeweils so weit, wie der gute Wille und die realen Möglichkeiten der einzelnen Werke reichen. Hier ist sehr viel Freiwilligkeit gefragt. Die Kirchenleitungen könnten solche Prozesse freundlich begleiten und in größeren Abständen über eine mögliche Förderung beraten. Verbindlichkeit der Leistung, durchsichtige Strukturen und ein zuverlässiges Angebot, das uns regelmäßig in Erfurt mit einer Stimme sprechen läßt, ist auf diese Weise nicht zu erreichen. Der konkrete Abstimmungsbedarf, die Verschiedenheit der Modelle in der Zusammenarbeit und die Abhängigkeit von den

jeweiligen Akteuren sind ziemlich hoch und nur schwer steuerbar. Der Orientierungsbedarf derer, die auf solche Dienstleistungen angewiesen sind, machte einen hohen Aufwand erforderlich. Der regelmäßigen Klage der einen oder anderen Partei, nicht genügend berücksichtigt worden zu sein, wäre kaum abzuwenden.

- (4) So muss m. E. ein vierter Weg ernsthaft geprüft und ausgearbeitet werden, der einer Föderation, die dazu führt, dass zwei Teilkirchen in zwei Ländern unter einem Dach, mit einer Kirchenleitung, zwei Bischöfen und einer Verwaltung an zwei Standorten die notwendige Gemeinsamkeit schaffen. Dieses würde ermöglichen, dass es einen einheitlichen Leitungswillen gegenüber den Werken und Einrichtungen geben kann, die bereits jetzt zunehmend länderbezogen und nicht an den Kirchengrenzen entlang arbeiten.

Dass die Evangelische Landeskirche Anhalt sich aus diesem Prozess heraushält, kann ich vor allem aus der Angst eines kleinen Partners heraus verstehen, der von den „Großen“ nicht majorisiert werden will. Die finanziellen Argumente dagegen, die dafür in der anhaltinischen Synode vorgebracht und durch eigenartige Wertungen verstärkt wurden, halte ich nicht für stichhaltig. Ob und wie lange die 60 000 Evangelischen in Anhalt einen eigenen landeskirchlichen Apparat finanzieren können, bleibt meine Frage, nachdem sich Dessau weder für einen Anschluß an Berlin-Brandenburg noch für eine Partnerschaft in der Föderation hat entscheiden können.

Die eigentliche Herausforderung in den kommenden Verhandlungen wird aber darin bestehen, dass wir nüchtern beschreiben, wo die Notwendigkeiten zur Zusammenarbeit auf der Leitungsebene bestehen und zugleich deutlich machen, dass sich damit die Identität der einzelnen Gemeinde und des einzelnen Kirchenkreises nicht ändert.

Ich möchte das an einem Beispiel aus meiner eigenen Erfahrung erläutern. 1975/76 wurden die zwei Leipziger Superintendenturen (ein Kragenkreis und ein Stadtkreis) durch einen neuen Zuschnitt in Leipzig-Ost und Leipzig-West abgelöst. In den Debatten im Konvent, dem ich als Vikar angehörte, wurden schwere Nachteile für die Gemeinden vorhergesagt. Das Landeskirchenamt in Dresden in Gestalt von Dietrich Mendt hat dann sich auf kleinere konkrete Korrekturen an den Grenzen eingelassen, aber die gesamte Lösung durchgesetzt. In den Gemeinden aber ging danach das Leben fröhlich weiter wie bisher, außer dass der jeweilige Superintendent erreichbar war – im Einzelfall durchaus ein Vorteil. Die nahezu bekennermäßige Aufregung mancher Protagonisten jedoch verzog sich so schnell wie sie zuerst unüberwindlich schien.

Die Identität der einzelnen Gemeinde und des einzelnen Kirchenkreises in Thüringen wird m. E. durch die Föderation als solche nicht angetastet. Die für Thüringen typische Kleinteiligkeit der früheren Fürstentümer und ihrer Landschaften, die uns 36 ehemalige Residenzen beschert hat, die gleichzeitige Offenheit für neue Mitbürger und die Bereitschaft sich in anderen Landschaften Deutschlands selbst zu versuchen, bleiben nach wie vor auch für die kirchliche Landkarte prägend. Dass uns aber mit der KPS eine gemeinsame Geschichte in Nationalsozialismus und DDR-Zeit wie eine gemeinsame Herausforderung in einer Gesellschaft verbindet, die von Gewohnheitsatheisten dominiert wird, ist genauso unbestreitbar wie der Umstand, dass beide Kirchen die wesentlichen Lutherstätten auf ihrem Gebiet haben und sich der Tradition Martin Luthers auch theologisch verpflichtet fühlen. Im Übrigen gilt für die theologischen Grundlagen unserer gemeinsamen Arbeit das, was zur Zusammenarbeit im Rahmen der EKD zu sagen war. Wir sind dieser so geprägten Gesellschaft das gemeinsame Zeugnis von der befreienden Gnade Gottes schuldig. Sie braucht es. Unsere Zusammenarbeit wird so gut sein, wie sie diesen Grundauftrag fördert.

5. Aufgaben auf der Ebene der Kirchenkreise und Gemeinden

Natürlich hat die Konsolidierung in den letzten sechs Jahren zu erheblichen strukturellen Veränderungen in unseren Gemeinden und in den zahlenmäßig deutlich reduzierten und in ihrer Zuständigkeit vergrößerten Kirchenbezirken geführt. Diese sind keineswegs schon mental bewältigt, sondern erfordern nah wie vor aufmerksame und sensible Begleitung durch die Synodalen, Superintendenten und den Landeskirchenrat. Die Aufgabe, die die ökumenische Besuchsgruppe, die im Frühjahr 1998 in unsere Landeskirche eingeladen wurde, uns ins Stammbuch geschrieben hat, die Verständigung zwischen den verschiedenen Ebenen von Gemeinde- und Kirchenleitung, ist immer noch und immer wieder neu zu bewältigen. Doch inzwischen sehen wir die Folgen kleiner werdender Gemeinden auch auf der Ebene der Gemeindeleitung deutlicher.

Konkret ergibt ein Überblick über die Gemeindegliederzahlen in unserer Landeskirche, dass 117 Gemeinden bis zu 49 Köpfe zählen, 255 bis zu 99 und 375 bis zu 199 Gemeindeglieder. Das bedeutet, dass etwa 55% der 1369 Kirchengemeinden unter 200 Mitglieder haben. Wenn man dagegen die ca. 440 Pastorinnen und Pfarrer (bzw. ihre Stellen) aufrechnet, dann ergibt sich schon bei einer groben Durchschnittsrechnung, dass auf jede Pfarrstelle rein rechnerisch mehr als drei Gemeinden kommen. Da dies aber nur eine statistische Größe ist, die die Zahl der Stadtpfarrstellen nicht berücksichtigt, wird deutlich, dass auf den Dörfern die Zahl der Kirchengemeinden, für die eine Person verantwortlich ist, häufig bei vier bis fünf liegt, manchmal sind es auch noch mehr.

Das bedeutet, dass Mitarbeiter im Verkündigungsdienst mit entsprechend vielen Gemeindegemeinderäten zusammenarbeiten sollen und müssen, also im übertragenen Sinn oft mehrere „Arbeitgeber“ haben. Der Zusammenhalt dieser kleinen Gemeinden wird also oft nur von einer Person hergestellt und repräsentiert. Die aber hat häufig das Gefühl, zwischen den verschiedenen verständlichen Ansprüchen zerrissen oder zerrieben zu werden.

Wir erleben jetzt gelegentlich als Landeskirchenrat, dass sich einzelne Gemeindegemeinderäte gegenseitig blockieren, weil das lokale Interesse der einen gegen die Absichten und Ziele der anderen Gemeinde gerichtet scheint.

Immerhin hat es in den letzten beiden Jahren einen beachtlichen Konzentrationsprozeß gegeben, in dem sich eine ganze Reihe von Kirchengemeinden zusammengeschlossen haben, also auch zu einem gemeinsamen Gemeindegemeinderat zusammenfinden. Insgesamt ist das bei 69 Kirchengemeinden der Fall gewesen. Allerdings ist die regionale Verteilung auffällig und charakteristisch: Denn das betraf 51 Gemeinden im Visitationsbezirk Ost, 10 im Aufsichtsbezirk West und nur 8 im Süden.

Die schwierigen Fragen, die das für die einzelne Gemeinde aufwirft, sollen dabei nicht geleugnet werden.

- Die Entscheidung, wo ein Pfarrhaus erhalten wird und wo das andere nicht mehr bestehen kann,
 - das Problem, in der Kirche Heimat und ein Zuhause zu finden, wenn zugleich Gottesdienst nicht mehr regelmäßig im vertrauten Raum angeboten wird,
 - der Zusammenhalt an einem Ort, wo nicht mehr Christen wohnen als ein Hauskreis umfaßt, aber alle Altersstufen vertreten sind und vieles andere mehr,
- brauchen sorgfältig bedachte Lösungen.

Die Erfahrungen mit regionaler Zusammenarbeit bei Kinderbibeltagen, Konfirmandentagen, Seniorennachmittagen, gemeinsamen Martinsfesten und Bibelwochen bis hin zu

Regionalgemeinden, in denen mehrere Pastorinnen und Pfarrer mit ihren verschiedenen Gaben besser zum Zuge kommen, sind ermutigend. Sie helfen mit einem konkreten Projekt den gemeinsamen christlichen Glauben auszudrücken und zu leben. Ich bin gespannt wie diese guten Beispiele sich im Laufe der Zeit und durch den Stellenwechsel der Beteiligten hindurch tragen und weitergeführt werden können.

Wichtig ist und bleibt das ehrenamtliche Engagement aus diesen kleinen Einheiten heraus. Die Anmeldungen für die Lektorenarbeit unserer Landeskirche steigen – Gott sei Dank - immer noch. Dabei haben keineswegs schon alle Kirchenkreise gleichmäßig Lektoren zu dieser Ausbildung geschickt und sie danach eingesetzt. Gewisse Reserven sind unverkennbar. Dabei bleibe ich bei der Bitte, die Besonderheit dieses Dienste so zu würdigen, dass diese Frauen und Männer nicht als Ersatz des Pfarrers oder der Pastorin angesehen werden, sondern möglichst zu zweit als Apostel unserer Zeit dienen.

Für die Situation, in der verschiedenartige und unvereinbare Ansprüche aus mehreren Gemeinden auf einen hauptamtlichen Mitarbeiter, eine Pastorin oder einen Pfarrer zielen, hat sich zunehmend der „Leitfaden zu einer Übereinkunft zur Gestaltung der Dienste in einem Kirchspiel“ bewährt. Im Unterschied zu seinem langen und kaum wiederzugebenden Titel (ich muss ihn immer noch nachschlagen, um ihn korrekt zu zitieren) haben die Vorschläge zur Verständigung zwischen den verschiedenen Verantwortlichen in einer Gemeinde die schlichte Eleganz des Naheliegenden. Soweit ich beobachten kann, wird dieses Instrument vor allem von Berufsanfängern und bei einem Stellenwechsel genutzt, wenn also Erwartungen und Möglichkeiten in ein realisierbares Verhältnis gebracht werden sollen. Die ersten Erfahrungen mit diesem Leitfaden sind nunmehr in eine zweiten Auflage eingeflossen und machen diese noch brauchbarer als die erste.

Worum es sachlich geht, läßt sich an der zentralen Aufgabe ablesen, die wir – wieder einmal – in den letzten Wochen angefaßt haben. Noch in Zeiten als das eher als altmodisch galt, war wenigstens in Thüringen die zentrale Stellung des Gottesdienstes für das Gemeindeleben kaum bestritten. Dies hat uns auch noch einmal von einer anderen Seite die Marktforschungsstudie bestätigt, die Kollegen der Fachhochschule Jena 2001 vorgelegt haben. Danach ergab sich, dass sowohl bei Mitgliedern unserer Kirche wie bei Konfessionslosen nach der ersten Erwartung, die Kirche möge noch mehr für die Renovierung der Kirchengebäude tun (37,3% der Befragten), sofort die Erwartung nach neuen Formen des Gottesdienstes an zweiter Stelle auftauchte (29,7%). Wenn dann noch die Altersgruppen differenziert werden, dann waren es bei den 14-18jährigen 57,7% und bei den 19-24jährigen 55,6% der Befragten, die nach neuen Gottesdiensten suchen. Das hat die Verantwortlichen im Landeskirchenamt dazu gebracht, für die ich stellvertretend OKR Christhard Wagner danken möchte, zum vergangenen Samstag zu einem Gottesdienstkongreß unserer Landeskirche einzuladen. Er war ausdrücklich neuen Gottesdienstformen gewidmet. Der Erfolg dieses Kongresses, der sich nicht nur, aber auch an seiner unerwartet hohen Teilnehmerzahl ablesen läßt, zeigte sich unter anderem darin, dass der dort geübte Austausch über die Erfahrungen und Experimente, die an ganz verschiedenen Stellen der Landeskirche gemacht werden, im Herbst fortgesetzt werden soll. Die vielen wichtigen Gesichtspunkte, Anregungen und – ebenfalls – Warnungen, die dort ausgetauscht wurden, kann ich hier nicht im Einzelnen ausbreiten. Aber die dort geäußerte Behutsamkeit, durch die gewachsene Bindungen nicht enttäuscht werden sollen, und doch die Einrichtung eines „Zweiten Programms“ aus etwa 80 Gemeinden, die für neue Zielgruppen vorgeführt und vermittelt wurde, läßt mich hoffen, dass hier mehr in unseren Gemeinden möglich ist und verwirklicht wird, als sich mancher Pessimismus träumen läßt.

Erstaunlich war auch, wie wenig sich diese Gemeindeaktivität auf städtische Verhältnisse beschränkt. Die Beispiele, die dort auf Postern oder in Berichten vorgestellt wurden, umfassten ebenfalls gute und ermutigend Beispiele aus Dorfgemeinden.

Eine, nicht ganz neue Erkenntnis war auf diesem Kongress jedenfalls an vielen Beispielen abzulesen: Neue Gottesdienstformen können nicht von einer Person allein gestaltet und vorbereitet werden. Dazu gehört eine ganze Gruppe, die sich mit ihren Gaben in diese Arbeit einbringt, gegenseitig ermutigt und stützt. Hier wird das Leitbild in die Praxis umgesetzt, das in unserer Kirche einmal Beteiligungsoffene Gemeindekirche genannt wurde. Ich bin mir sicher, dass die Laien und hauptamtlichen Mitarbeiter, die sich so lebhaft und begeistert am vergangenen Samstag austauschten, wissen und erfahren, wie sie die Kraft für einen nicht immer einfachen Alltag erhalten.

Was die griechische Sage von dem kraftspendenden Kontakt des Riesen Antaios zur Mutter Erde sagte, klingt in Psalm 1 so:

Wohl dem, der nicht wandelt im Rat der Gottlosen noch tritt auf den Weg der Sünder noch sitzt, wo die Spötter sitzen, sondern hat Lust am Gesetz des HERRN und sinnt über seinem Gesetz Tag und Nacht! Der ist wie ein Baum, gepflanzt an den Wasserbächen, der seine Frucht bringt zu seiner Zeit, und seine Blätter verwelken nicht. Und was er macht, das gerät wohl.